

3324/J XXI.GP

Eingelangt am: 30.01.2002

A N F R A G E

der Abgeordneten Helmut Dietachmayr
und GenossInnen
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
betreffend *"Wiedererrichtung des Entgeltfortzahlungsfonds"*

Die Freiheitliche Partei Oberösterreich machte mit einem bizarren Vorschlag auf sich aufmerksam: Das Land solle in bestimmten Fällen die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter/-innen übernehmen. Die Arbeiterkammer Oberösterreich fordert stattdessen die Wiedererrichtung des von der VP-FP-Regierung abgeschafften Entgeltfortzahlungsfonds.

Der Entgeltfortzahlungsfonds, hat unter den Unternehmen für einen solidarischen Ausgleich gesorgt. Die Unternehmen hatten 2,1 Prozent der Lohnsumme für Arbeiter eingezahlt, dafür hatte der Fonds die Entgeltfortzahlung in kleineren Betrieben zur Gänze übernommen, in größeren Betrieben zu 70 Prozent. Unter dem Stichwort "Senkung der Lohnnebenkosten" war der Fonds von der Regierung aufgelöst worden.

Seitdem die Betriebe für die Lohnfortzahlung unmittelbar selbst aufkommen müssen, kommt es immer häufiger vor, dass Arbeitsverhältnisse während des Krankenstandes aufgelöst werden. So verlieren nicht nur die Arbeiter/-innen ihren Lohn, auch der Krankenversicherung entgehen Beiträge und diese muss Krankengeld bezahlen- was die finanziellen Probleme der Gebietskrankenkassen noch verschärft.

Private Versicherungen, das haben auch die Unternehmer rasch erkannt, stellen einen schlechten Ersatz für den Fonds dar: Sie sind in der Regel wesentlich teurer und versichern nicht das gesamte Risiko.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum das Land (und damit der Steuerzahler) finanziell für etwas einspringen soll, das bis zur Abschaffung durch die Regierung durchaus sinnvoll geregelt war. Es würde mehr Sinn machen, den Fonds wieder einzurichten.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für
Wirtschaft und Arbeit nachstehende

Anfrage

1. Wie stehen Sie zu der Forderung der OÖ - Arbeiterkammer, den von der ÖVP/FPÖ-Regierung abgeschafften Entgeltfortzahlungsfonds wieder zu errichten?
2. Was halten Sie vom Vorschlag der Freiheitlichen Partei Oberösterreichs, dass das Bundesland in bestimmten Fällen die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter/-innen übernehmen soll?
3. Wie viele Arbeitsverhältnisse sind seit der Abschaffung des Entgeltfortzahlungsfonds während eines Krankenstandes aufgelöst worden?
4. Was werden Sie gegen die Entwicklung unternehmen, dass Betriebe immer häufiger das Arbeitsverhältnisse während des Krankenstandes auflösen, seitdem sie für die Lohnfortzahlung unmittelbar selbst aufkommen müssen?